



SPÖ SAGT „STOPP“: DAMIT DAS LEBEN LEISTBAR WIRD

Die explodierenden Preise für Gas, Strom und Kraftstoff setzen die Menschen unter Druck. Nach Abzug der Fixkosten bleibt bei vielen nicht mehr genug zum Leben übrig.

Leben für viele nicht mehr leistbar

Das Leben ist so teuer wie noch nie. 100 Euro für einen halb-vollen Einkaufswagen, eine Tankfüllung um 90 Euro, Gaspreise, bei denen man am liebsten die Heizung abschalten würde und explodierende Strompreise bringen die Menschen zunehmend in Bedrängnis. Es ist die zentrale Aufgabe des Staates, jetzt rasch zu handeln und aktiv gegenzusteuern.

Durch den Krieg in der Ukraine wird die Preisspirale weiter nach oben getrieben. Um die Menschen in Österreich rasch zu entlasten, fordert die SPÖ deshalb einen sofortigen Teuerungs-Stopp. Die Mehrwertsteuer auf Strom und Gas soll vorübergehend gestrichen und ein Preisdeckel für Strom, Gas und Treibstoff eingeführt werden.

Teuerungs-Stopp in drei Schritten

Wir pochen auf drei konkrete Maßnahmen zur

Entlastung der Menschen, die schnell umsetzbar sind, rasch wirken und vorübergehend eingeführt werden sollen:

1. TREIBSTOFFPREISE REGULIEREN

ÖVP-Wirtschaftsministerin Schramböck verfügt mit dem Preisgesetz über das richtige Instrument, um die Spritpreise zu regulieren. Sie muss es nur anwenden.

2. STROM UND GAS OHNE MEHRWERTSTEUER

Als breit angelegtes Instrument, das rasch und effektiv die Preisanstiege für alle dämpft, soll die Mehrwertsteuer auf Strom und Gas befristet gänzlich ausgesetzt werden.

3. PREISDECKEL FÜR GAS UND STROM

Als zielgerichtetes, sozial treffsicheres Instrument soll für ca. 1,2 Millionen Menschen mit geringerem Einkommen ein Preisdeckel einge-

zogen werden. Strom darf nicht mehr als 20 Cent/Kilowattstunde (kWh) und Gas nicht mehr als 7 Cent/kWh kosten.

Lindner kritisiert untätige Regierung

Seit Anfang Oktober hat die SPÖ immer wieder vor den dramatisch steigenden Preisen gewarnt und vehement auf eine Teuerungsbremse gedrängt. Die Regierung ist jedoch weitgehend untätig geblieben.

„Andere Länder haben bereits im Herbst den von der Europäischen Kommission bereitgestellten Werkzeugkoffer zur Hand genommen und Maßnahmen gegen die Teuerung beschlossen. Unsere Bundesregierung hat kein einziges Werkzeug genutzt“, sagt der gf. Landesparteivorsitzende Michael Lindner und hält fest: „Die Augen verschließen und nichts tun, ist keine Option!“